



Gandersheimer Kreisblatt

BAD GANDERSHEIM

Der Arbeitskreis LAGA stellt Tätigkeiten vor

BRUNSHAUSEN

Achim Lenz liest aus „Sokrates im Supermarkt“

SEBOLDSHAUSEN

Unfall: Kleinbus und Transporter prallen zusammen

MONTAG, 25. OKTOBER 2021

Telefon (0 53 82) 98 11 10 • www.gandersheimer-kreisblatt.de

NR. 249 • 188. JAHRGANG H 3129 A • 1,50 €

Hagen Apotheke
Apotheker J. Tschäpe • Telefon (05382) 2761
Bad Gandersheim • Am Plan 6-7

**Schneller als
Online-Apotheken**

**Wir sind näher
am Patienten!**

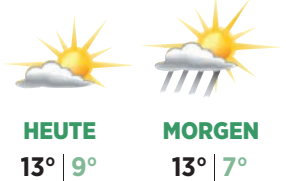


Preis für den Frieden

Die Autorin und Filmemacherin Tsitsi Dangarembga (vorn) aus Simbabwe ist mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels geehrt worden. Die Laudatio in der Frankfurter Paulskirche hielt die kenianische Germanistin und Soziologin Auma Obama, Halbschwester des früheren US-Präsidenten Barack Obama. In ihrer Dankesrede beschrieb Dangarembga die Eroberung ihrer Heimat durch britische Siedler und die Gewalt, die der Kolonialismus mit sich gebracht hat und noch immer bringt. Sie rief dazu auf, alte Muster zu überwinden, auch über die Sprache.

FOTO: IMAGO/LOHNES/EPD

WETTER



POLITIK

Lauterbach warnt vor Corona-Welle

BERLIN. Der SPD-Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach warnt vor stark steigenden Corona-Infektionszahlen bei Kindern. „Wir werden nach den Herbstferien deutlich mehr Ausbrüche in den Schulen erleben, weil die Kinder nicht mehr lange lüften können“, sagte er dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND).

GEWINNZAHLEN

Lotto: 1, 10, 19, 22, 26, 28
Superzahl: 2
Spiel 77: 2 7 7 6 2 1 9
Super 6: 0 9 3 9 4 0

ohne Gewähr

SPORT

Impfdebatte um Joshua Kimmich

MÜNCHEN. Der deutsche Nationalspieler Joshua Kimmich vom FC Bayern München hat mit Aussagen zum Impfverzicht eine heftige Diskussion ausgelöst. Die Debatte weitet sich angesichts einer gesellschaftlichen Vorbildfunktion Kimmichs über den Fußball hinaus aus.

PANORAMA

Offene Fragen nach Todesschuss am Set

SANTA FE. Nachdem Filmstar Alec Baldwin versehentlich eine Kamerafrau mit einer Requisitenwaffe erschossen hat, sind die Hintergründe immer noch unklar. In Hollywood diskutieren nun manche das Streben nach immer mehr und immer billigeren Produktionen – und die Konsequenzen.

Niedersachsens Umweltminister will Klimaziele schnell verschärfen

Lies hält Gesetz von Ende 2020 schon nicht mehr für ausreichend – Kommt Photovoltaikpflicht?

VON MICHAEL B. BERGER

HANNOVER. Niedersachsens Klimaschutzpläne werden womöglich noch in dieser Wahlperiode verschärft. Umweltminister Olaf Lies (SPD) will ein neues Klimagesetz verwirklichen, das dem Land ehrgeizigere Ziele setzt als bislang. Der Koalitionspartner CDU zeigt sich gesprächsbereit.

Lies schlägt vor, den öffentlichen Personennahverkehr zu stärken, vor allem auf dem flachen Land. „Hier brauchen wir eine höhere Qualität und Quantität. Ein Zwei-Stunden-Takt im ländlichen Raum ist kein ernsthaftes Angebot“, betonte Lies. Vielmehr müssten neben der Einführung einer Mindesttaktung intelligentere Modelle für On-Demand-Verkehre, Sammeltaxis oder auch Bürgerbusse erprobt und zukünftig schrittweise flächendeckend angeboten werden.

Das Land müsse zudem bei der Förderung von Unternehmen stärker darauf achten, ob Subventionen aktiv zum Klimaschutz beitragen, so der Umweltminister. Schärfere Beschränkungen sollte man auch beim gesetzlich erlaubten Verbrauch von Flächen einführen. Hierzu müsste das Naturschutzgesetz angefasst werden.

„Wir wollen auch kein Landesgesetz haben, das hinter die künftigen Vorschriften des Bundes zurückfällt.“

Olaf Lies (SPD), Umweltminister

Das bisherige, erst im Dezember 2020 verabschiedete Klimagesetz nannte Lies „ambitioniert, aber nicht gerade überambitioniert“. Die Opposition hatte an dem Gesetz heftige Kritik geübt. Es gibt

vor, das Niedersachsen bis 2050 klimaneutral sein soll.

Lies betonte, es bestehe schon deshalb Handlungsbedarf, weil das Bundesverfassungsgericht unmissverständlich eine konkretere Klimagesetzgebung verlange. „Da wollen wir als Land natürlich unseren Teil beitragen. Wir wollen auch kein Landesgesetz haben, das hinter die künftigen Vorschriften des Bundes zurückfällt“, sagte der niedersächsische Umweltminister.

Ein Thema sei in der Regierungskoalition mit der CDU in Hannover schon angesprochen worden: die Verpflichtung, bei privaten Neubauten Photovoltaik aufs Dach zu setzen. „Wir müssen natürlich auch als Land mit gutem Beispiel vorangehen und in unsere eigenen Immobilien wie auch die eigenen Fahrzeuge investieren“, sagte der SPD-Politiker. Dies sei angesichts

steigender Energie- und Baukosten nicht zuletzt wirtschaftlich geboten. „Wenn wir jetzt nicht forciert investieren, wird es am Ende teurer für das Land – und für die Steuerzahlerinnen und -zahler.“ Wie viel das Land in den kommenden Jahren investieren müsse, sagte der Minister indes nicht. Lies will seine Pläne Anfang kommenden Jahres in den Landtag bringen.

Der umweltpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Martin Bäume, bezeichnete Lies' Vorhaben als „von den Zeitläuften her sehr ehrgeizig“. Die Wahlperiode endet in knapp einem Jahr. „Dass wir in allen Bereichen Konkretisierungsbedarf bei der Erreichung der Klimaziele haben, ist unstrittig“, sagte Bäume. Man müsse nun in einer zweiten Runde aber konkret darstellen, was man vorhaben und was das koste. Das sei noch nicht geschehen.

Erdogan droht Botschaftern

ISTANBUL/BERLIN. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hat mit der angeordneten Ausweisung von zehn Botschaftern die Beziehungen des Westens zur Türkei vor eine neue Belastungsprobe gestellt. Die betroffenen Staaten, darunter Deutschland und die USA, berieten am Sonntag über eine angemessene Reaktion.

Erdogan hatte zuvor im westtürkischen Eskisehir gesagt, er habe das Außenministerium angewiesen, die zehn Botschafter zur „Persona non grata“ zu erklären. Ein solcher Schritt bedeutet in der Regel die Ausweisung der Diplomaten.

Hintergrund der Äußerungen Erdogans ist eine Erklärung der Botschafter von Anfang der Woche. Darin fordern sie die Freilassung des türkischen Unternehmers und Kulturförderers Osman Kavala. Der 64-Jährige sitzt seit 2017 in Istanbul in Untersuchungshaft. Ihm wird unter anderem „politische und militärische Spionage“ vorgeworfen.

Ein Do-it-yourself-Haus im Problemviertel

Bremerhaven versucht sich an neuem Projekt zur Stadtentwicklung – und setzt auf Engagement

VON JANET BINDER

BREMERHAVEN. Nach niederländischem Vorbild hat die Stadt Bremerhaven im Problemviertel Goethequartier ein neues Projekt zur Stadtentwicklung initiiert: Aus einer ehemaligen Schrottimmoblie wird derzeit ein Klushuizen, ein Do-it-yourself-Haus. Die städtische Wohnungsgesellschaft Stäwog hat das Gebäude aus der Gründerzeit gekauft und die äußere Hülle saniert. Nun bietet sie die acht

entkernten Wohnungen Menschen preisgünstig an, die Geld für den Ausbau mitbringen und sich im Viertel engagieren wollen. Wände müssen gesetzt, Wasser- und Stromleitungen verlegt, Heizkörper, Bad und Küche installiert werden. „Es geht uns nicht um Rendite, sondern um Quartiersentwicklung“, sagt Markus Wickmann von der Stäwog.

Im Goethequartier in Bremerhaven-Lehe lebt jedes zweite Kind in Armut, jeder

dritte Erwerbsfähige ist hier arbeitslos, die Anzahl der verwaarlosten Immobilien ist hoch – dazu gehörte auch das von der Stäwog auf den Namen „Louis“ getaufte Mehrfamilienhaus. Kaufinteressenten für die bis zu 66 Quadratmeter großen Wohnungen im Klushuizen-Projekt können sich noch bis zum 31. Oktober bewerben.

„Uns ist wichtig, dass da Menschen einziehen, die hier leben und sich engagieren möchten“, sagt Stäwog-Mit-

arbeiterin Sabine Septinus. In Rotterdam startete das Klushuizen-Projekt 2004 als Experiment, um Menschen aus höheren sozialen Schichten in einem Problemviertel anzusiedeln. Das Konzept etablierte sich in anderen niederländischen Städten – und schwappt nun rüber nach Deutschland.

In Gelsenkirchen etwa wurden auch schon ähnliche Modellprojekte angeschoben, ein Klushuizen könnte folgen. „Man muss nur aufpassen, dass man die neuen Bewohner



Die Wohnungen in dem Gründerzeithaus sind entkernt, der weitere Ausbau ist nun Sache der Käufer.

FOTO: SINA SCHULTZ/DPA

nicht überfordert mit dem Ausbau“, meint Helga Sander, die Geschäftsführerin der dortigen Stadterneuerungsgesellschaft.